



Rede
des Herrn Ministerpräsidenten

beim Bildungskongress der Kommunalen Landesverbände
anlässlich der Bildungsmesse *didacta*

am 28. März 2014
Landesmesse Stuttgart

Dauer: ca. 30 Minuten

Gliederung:

- I. Einleitung
- II. Grundlinien der Bildungspolitik
- III. Ausbau der Betreuungsangebote
- IV. Zwei-Säulen-Modell
- V. Quantität und Qualität

I. Einleitung

Anrede

Ich bin heute sehr gerne hierher gekommen, um über eines der wichtigsten Zukunftsthemen überhaupt zu sprechen – über das Thema Bildung.

Dass hier großer Gesprächsbedarf herrscht, haben die Damen und Herren Präsidenten der Kommunalen Landesverbände bereits in ihrem schriftlichen Grußwort zum Bildungskongress deutlich gemacht. Ich darf daraus zitieren:

Baden-Württemberg steht inmitten des größten Umbruchs seiner Schullandschaft seit Bestehen des Landes. [...] Der Bedarf der Kommunen und ihrer Bildungspartner nach Orientierung und Informationen aus erster Hand über den baden-württembergischen Weg in die Bildungszukunft ist [...] enorm.

Ich denke, der heutige Kongress ist ein gutes Format für einen substantiellen Gedankenaustausch – abseits von grober Vereinfachung und parteipolitischer Polemik, die ja leider viel zu oft das öffentliche Bild der Debatte prägen.

Land und Kommunen tragen gemeinsam Verantwortung für die Bildung unserer Kinder.

Und wir sind dieser gemeinsamen Verantwortung - trotz zum Teil unterschiedlicher Interessen und unterschiedlicher Parteizugehörigkeit - bislang, wie ich finde, sehr gut gerecht geworden.

Ich erinnere nur an unseren Pakt für Familien oder die jüngste Vereinbarung zum Ausbau der Ganztagesgrundschule. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen.

II. Grundlinien der Bildungspolitik

Wesentliches Ziel unserer Bildungspolitik ist es, den Bildungserfolg unserer Kinder von der sozialen Herkunft zu entkoppeln.

Mit diesem Ziel setzen wir im Grunde nur einen Auftrag in die Tat um, den unsere Landesverfassung seit eh und je formuliert.

Dort heißt es in Artikel 11 Absatz 1:

Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.

Und in Absatz 2 heißt es weiter:

Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten.

Wir haben also einen Verfassungsauftrag, der uns verpflichtet, für gerechte Bildungschancen zu sorgen.

Dem endlich nachzukommen, sind wir unseren Kindern schuldig!

Zusätzliche Brisanz erhält dieser Auftrag aber noch durch einen weiteren Umstand:

Baden-Württemberg ist zwar ein reiches Land. Aber leider sind wir arm an Kindern.

Wir haben einen enormen demographischen Wandel zu bewältigen: Allein zwischen 2005 und 2020 müssen wir mit einem Rückgang der Schülerzahlen um 20 Prozent rechnen.

Wenn die Gesellschaft der Wenigeren nicht eine Gesellschaft des Weniger werden soll, dann dürfen keine Fähigkeiten brach liegen...

...- das hat uns Bundespräsident Gauck am Tag der Deutschen Einheit in der Stuttgarter Liederhalle zu bedenken gegeben.

In der Tat kann es sich eine schrumpfende Gesellschaft überhaupt nicht leisten, wenn Talente ihrer Kinder unentdeckt und unentwickelt bleiben.

Das ist nicht „nur“ eine Gerechtigkeitsfrage – das ist auch eine Frage der ökonomischen Vernunft.

Es führt also kein Weg daran vorbei: Wir müssen unsere Schulen und unsere Schullandschaft verändern, und zwar aus drei Gründen:

Erstens damit endlich alle jungen Menschen, egal welcher Herkunft, ihre Potentiale entfalten können – und zwar von Anfang an.

Zweitens um die Schullandschaft dem demographischen Wandel anzupassen – also der Tatsache, dass es immer weniger Schülerinnen und Schüler gibt.

Und drittens ist ein gutes Betreuungsangebot natürlich auch ein wesentlicher Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels ist das nicht zuletzt ein wichtiges Anliegen der baden-württembergischen Wirtschaft.

III. Ausbau der Betreuungsangebote

Ich beginne mit dem Ausbau der Betreuungsangebote.

Die grün-rote Landesregierung hat gleich am Anfang der Legislaturperiode mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Pakt für Familien geschlossen.

Wir haben den Investitionsstau beseitigt und 2012 die öffentlichen Ausgaben für die Kinderbetreuung im Vergleich zu 2010 auf eine Milliarde Euro fast verdoppelt.

Den bei der frühkindlichen Bildung eingeschlagenen Weg hin zu einer verlässlichen und qualitativ hochwertigen Betreuung wollen wir auch in der Grundschule fortsetzen – und zwar wieder in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen.

Junge Eltern wollen schließlich Familie und Beruf nicht nur so lange miteinander vereinbaren, bis die Kinder in die Grundschule kommen – sondern selbstverständlich auch danach!

Wir haben uns deshalb gemeinsam auf den Ausbau der Ganztagsgrundschulen verständigt, um die Betreuungslücke nach dem Kindergarten zu schließen.

Unser Ziel lautet: Bis 2023 sollen 70 Prozent der Grundschulen im Land Ganztagschulen sein können.

Wichtig ist uns dabei, dass das Ganztags-programm für die Grundschulen flexibel an die Wünsche vor Ort angepasst werden kann.

Es geht uns nicht um einen Zwang zum Ganzttag, sondern die Einrichtung der Ganztags-grundschulen soll sich an den Wünschen der Eltern und der Kommunen orientieren.

Weil über die Grundschulen hinaus die Gemeinschaftsschulen, auf die ich gleich zu sprechen komme, grundsätzlich gebundene Ganztagschulen sind...

...und auch viele G8-Gymnasien am Nachmittag Hausaufgabenbetreuung anbieten...

...entwickelt sich im Land nach und nach von der Kita über die Grundschule bis zur Sekundarstufe I ein flächendeckendes Ganztagsangebot.

Ganztagsschulen sind aus meiner Sicht ein wesentliches Mittel, Benachteiligungen im Schulsystem, die mit der sozialen Herkunft zusammenhängen, auszugleichen.

Sie sind ein wichtiger Beitrag dazu, dass unsere Gesellschaft nicht immer weiter auseinanderdriftet.

Exkurs Gemeinschaftsschule

Bei den Gemeinschaftsschulen halte ich die Ganztagsform für zwingend.

In einer Gemeinschaftsschule werden Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichsten Voraussetzungen und Begabungen gemeinsam unterrichtet.

Das Konzept des individualisierten Lernens macht es möglich, dass auch bei hoher Heterogenität alle Kinder optimal gefördert werden können.

Eine erfolgreiche Umsetzung dieses Konzepts setzt die gebundene Ganztagschule voraus.

Die ersten Erfahrungen und Rückmeldungen aus den Starterschulen wecken berechtigte Hoffnungen.

Ich selbst habe Gemeinschaftsschulen in Schemmerhofen und Neubulach besucht, um mir ein Bild zu machen.

Und ich muss sagen: Ich war begeistert!

Die Schülerinnen und Schüler können dort in so genannten Lernateliers selbstbestimmt arbeiten.

Ihre Fragen können sie dabei jederzeit an die anwesenden Lehrkräfte stellen.

Gerade im Zuge der Individualisierung setzen die Gemeinschaftsschulen auch vermehrt digitales Lernmaterial ein – die neuesten Entwicklungen in diesem Bereich präsentiert uns gerade die Didacta.

Wir leben in einem digitalen Zeitalter. Die digitale Revolution durchdringt alle Lebensbereiche.

Das darf auch vor unseren Schulen keinen Halt machen.

An den Gemeinschaftsschulen sind Lehrerinnen und Lehrer keine Einzelkämpfer mehr, sondern arbeiten im Team.

Mir gegenüber haben einige Lehrer zum Ausdruck gebracht, wie sehr sie diese neue Form des Arbeitens schätzen.

Endlich, so sagten sie mir, können sie allen ihren Schülerinnen und Schülern gerecht werden.

Der eine braucht eben mehr Hilfe, der andere weniger.

Die Ganztagsform ist deshalb wichtig, weil dann Kindern aus bildungsfernen Familien am Nachmittag nicht mehr die Unterstützung fehlt, die andere Kinder vielleicht zu Hause erhalten.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Entkoppelung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft!

Außerdem werden damit alle Familien vom Hausaufgabenstress entlastet, was jedem Familienleben zugute kommt.

Diese Vorteile gelten natürlich auch für die Ganztagsgrundschulen.

Die mit einer Gemeinschaftsschule verbundenen Grundschulen könnten hier zu Vorreitern werden.

Ein weiterer Baustein zur Entkoppelung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft ist die Schulsozialarbeit – häufig im Rahmen von Ganztagschulen.

Das Land ist mit dem Pakt für Familien in die Drittelfinanzierung eingestiegen und stellt dafür in diesem Jahr 25 Mio. Euro zur Verfügung.

Damit können rund 1.300 Vollzeitstellen finanziert werden.

Die Schulsozialarbeit ist eine wichtige Stütze für den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule, die auch die Eltern erreicht und einbindet.

IV. Zwei-Säulen-Modell

Lassen Sie mich nun ein paar Worte zum demographischen Wandel und zum angestrebten Zwei-Säulen-Modell sagen.

Ein dramatischer Rückgang der Schülerzahlen wirkt sich zwangsläufig auf die Schullandschaft aus.

Das hat nichts mit ideologischem Eifer zu tun, das ist schlicht eine Tatsache.

Wir müssen das Schulsystem so umbauen, dass auch bei weniger werdenden Schülern alle Kinder, egal welcher Herkunft, gute Bildungschancen haben – und zwar nicht nur in den großen Städten, sondern auch im ländlichen Raum.

Das ist das Ziel der regionalen Schulentwicklung. Drei Dinge müssen dabei berücksichtigt werden:

Unsere Schulstruktur muss erstens langfristig stabil...

...zweitens pädagogisch sinnvoll...

...und drittens effektiv und effizient sein.

Am besten lässt sich das mit einem Zwei-Säulen-Modell erreichen.

Den Vorschlag dazu hat schon am Beginn der Legislaturperiode der Städtetag gemacht.

Auch mit dem Handwerkstag und den IHKs sind wir uns hier im Prinzip einig.

Wir haben als erste Landesregierung in Baden-Württemberg dieses schwierige Thema in der regionalen Schulentwicklung angepackt.

Nur für die Grundschulen gilt weiterhin der Grundsatz "Kurze Beine - kurze Wege".

Es ist klar, dass bei der Vorgabe „40 Schüler in der Eingangsstufe“ nicht an jedem Schulstandort eine Gemeinschaftsschule entstehen kann – auch wenn ich natürlich großes Verständnis habe, wenn Bürgermeister für „ihre“ Schule vor Ort kämpfen wollen.

Die demographische Entwicklung aber lässt sich nicht wegdiskutieren.

Sie trifft vor allem die Haupt- und Werkrealschulen hart.

In diesem Schuljahr haben bereits 125 Haupt- und Werkrealschulen im Land überhaupt keine Schüler mehr in Klasse 5, nur noch 40 Schulen erreichen in der Eingangsstufe die Schülerzahl 40.

Es wird damit sehr rasch zum Auslaufen von Standorten dieses Schultyps kommen.

Was wir mit der regionalen Schulentwicklung nicht wollen, ist ein Verordnen von oben.

Wir legen bewusst die Entscheidung für die konkreten Schulstandorte in die Hände der Akteure vor Ort.

Die Raumschaften vor Ort haben das Heft des Handelns in der Hand und wir erwarten, dass sie sich über den eigenen Kirchturm hinweg auch zusammenfinden – so schwer das im Einzelfall sein mag.

Noch einmal: Das Ziel der regionalen Schulentwicklung ist ein Zwei-Säulen-Modell, das allen Schülerinnen und Schülern langfristig einen Bildungsabschluss ermöglicht, der ihre Potentiale ausschöpft.

Die Gemeinschaftsschule steht dabei für den integrativen Bildungsweg der zweiten Säule.

In diesem Schuljahr gibt es im Land 128 öffentliche Gemeinschaftsschulen, im nächsten Schuljahr kommen 81 weitere Standorte hinzu.

Nicht wenige der Starterschulen konnten in ihrem zweiten Jahr ihre Anmeldezahlen nahezu verdoppeln.

Das zeigt: die neue Schulform läuft gut an – auch wenn eine von der CDU in Auftrag gegebene Umfrage zu anderen Ergebnissen kommt.

Nun - solche Umfragen erschrecken mich wenig.

Die Gemeinschaftsschule läuft jetzt gerade mal im zweiten Schuljahr. Die Realschule dagegen gibt es seit fast 50 Jahren.

Die wenigsten Leute kennen doch die Arbeit der Gemeinschaftsschule, wie ich sie vorher geschildert habe.

Wie sollen sie da ein qualifiziertes Urteil über den neuen Schultyp fällen können?

Dennoch steht die berechtigte Frage im Raum, wie es mit den Realschulen weitergehen soll.

Ich nehme hier die Sorgen der Lehrkräfte um ihre Schule sehr ernst.

Ich bitte die Realschulen aber auch darum, die Chancen, die in der Weiterentwicklung zu einer integrativen Schule stecken, ernsthaft zu prüfen.

Einen Zwang in diese Richtung wird es aber selbstverständlich nicht geben. Das wäre im Sinne der Qualität auch gar nicht zielführend.

Die Realschulen müssen sich selber auf den Weg machen und viele tun das auch schon.

Im Schuljahr 2014/15 werden aus 18 Realschulen
Gemeinschaftsschulen entstehen.

Ich weiß, dass das manchen Bürgermeistern und Gemeinderäten nicht
schnell genug geht.

Aber auch hier haben wir uns bewusst für Evolution, nicht für Revolution
entschieden.

Zum Zwei-Säulen-Modell zwingt uns die Demographie.

Ob wir es in einem Landkreis schon in zwei Jahren, in einem anderen
aber erst in 10 Jahren oder noch später erreichen, bleibt der
Entwicklung von unten überlassen.

V. Quantität und Qualität

Meine Damen und Herren, ich hatte eingangs gesagt: Bildung ist eines
der wichtigsten Zukunftsthemen.

Deshalb gibt die grün-rote Landesregierung mehr für Bildung aus als je
zuvor im Südwesten:

2012 haben wir rund 11,4 Milliarden in die Bildung investiert. Das sind
1,2 Milliarden mehr als unsere Vorgänger – ein neuer Höchststand in
Baden-Württemberg!

Damit sind wir in der Gesamtsumme der Bildungsinvestitionen
bundesweit ganz vorne mit dabei!

Doch Sie alle wissen: Um künftige Generationen nicht weiter mit immer
neuen Schulden zu belasten, müssen die Haushalte von Bund und
Ländern bis spätestens 2020 grundsätzlich ohne Kredite auskommen.

So verlangt es das Grundgesetz. Und das finde ich auch richtig!

Wenn wir ernsthaft den Landeshaushalt konsolidieren wollen, dann
kommen wir bei einem Personalkostenanteil von weit über 40 Prozent

um Einsparungen auch in diesem Bereich nicht herum.

Nach der derzeitigen Prognose des Statistischen Landesamts werden wir im Jahr 2020 – vom Schülerhöchststand her gesehen – 20 Prozent weniger Schülerinnen und Schüler haben.

Das heißt: Auch bei den Lehrerinnen und Lehrern ist ein gewisser Personalabbau möglich.

Wenn wir nun sagen: 10 Prozent weniger Lehrer bei 20 Prozent weniger Schülern – dann kann man aber schwerlich von Sparen sprechen!

Ohnehin sollte Qualität in Bildungsdebatten Vorrang haben vor Quantitätsfragen.

Bessere Bildungschancen für alle bei weniger werdenden Schülerinnen und Schülern – das ist unser Ziel.

Da kommt es vor allem auf eine Verbesserung der Qualität an.

Lassen Sie mich darum zum Schluss ein Wort zu den wichtigsten Garanten von Qualität im Schulsystem sagen – zu den Lehrerinnen und Lehrern.

Wir müssen dafür sorgen, dass die am besten Geeigneten den Lehrerberuf ergreifen und dass angehende Lehrerinnen und Lehrer optimal auf die Herausforderungen der Schule vorbereitet werden.

Deshalb haben wir auch eine Reform der Lehrerbildung auf den Weg gebracht.

Wir stärken die professionelle Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer.

Sie benötigen ein starkes fachwissenschaftliches Fundament für ihren Unterricht und ein darauf abgestimmtes fachdidaktisches und pädagogisches Wissen.

Wir wollen sie auch gut auf die Inklusion vorbereiten – ein großes Thema, dessen Umsetzung noch aussteht und bei dem wir auch auf intensive Zusammenarbeit mit den Kommunen setzen.

Bei allen Strukturdebatten vergessen wir manchmal, dass Bildung und Erziehung am Ende keine „mechanischen Vorgänge“ sind und dass sie sich auch nicht im Sinne eines „Rechts-anspruchs“ erschöpfend erfassen lassen.

Vielmehr handelt es sich immer um ein Geschehen, bei dem menschliche Beziehungen zwischen Schülern und Lehrern die Hauptrolle spielen.

Dafür braucht es an unseren Schulen vor allem kompetente Lehrerinnen und Lehrer...

...und es braucht eine Atmosphäre zwischen Schülern, Lehrern und Eltern, die dem Lernen zuträglich ist, die es erleichtert, unterstützt und zu einer Freude macht für alle Beteiligten.

Vielleicht müssen wir zusammen noch mehr daran arbeiten, an allen unseren Schulen eine solche Atmosphäre zu schaffen.

Dabei ist mir selbstverständlich klar: Ohne die Bereitschaft der Lehrkräfte, sich auf Neues einzulassen, ist jede Bildungsreform zum Scheitern verurteilt.

Ich weiß, dass wir mit den angestrebten Reformen den Lehrerinnen und Lehrern ein hohes Maß an Veränderungsbereitschaft und Einsatz für die Zukunft unserer Kinder abverlangen.

Die Landesregierung ist dabei stets Gesprächsbereit und offen für Ideen und Kritik. Die Politik des Gehörtwerdens gilt auch hier!

Wir wollen die notwendigen Reformen nur gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern auf den Weg bringen.

Nur zusammen mit den Kommunen, den Elternvertretern und der
Lehrerschaft können wir die Bildung in Baden-Württemberg nachhaltig
verbessern und für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen.

Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten! Vielen Dank!